Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8509**

14. Wahlperiode 13. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Dr. Peter Eckardt, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Grietje Bettin, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7627 –

Mehr Frauen an die Spitze von Wissenschaft und Forschung – durch Gender Mainstreaming Frauen in Wissenschaft und Forschung stärken

A. Problem

Frauen sind trotz zahlreicher hoher Bildungsabschlüsse in Entscheidungs- und Führungspositionen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in wichtigen Zukunftsfeldern wie technikorientierten Berufs- und Studiengängen weiterhin unterrepräsentiert. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Ländern verschiedene Initiativen zu ergreifen und Maßnahmen durchzusetzen, um Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip (Gender Mainstreaming) in allen Programmen und Maßnahmen bei Bildung und Forschung zu etablieren.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7627 – anzunehmen.

Berlin, den 27. Februar 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende und Berichterstatterin

Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Berichterstatterin

Bärbel Sothmann
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Bärbel Sothmann, Dr. Reinhard Loske, Ulrike Flach und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 219. Sitzung am 22. Februar 2002 den Antrag – Drucksache 14/7627 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Zukunftsorientierte Politik müsse die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Frauen in Wissenschaft und Forschung in allen Bereichen und auf allen Ebenen, vor allem in Führungspositionen, gleichberechtigt vertreten sind. Im Interesse der Wirtschaft und der Gesellschaft sei es besonders wichtig, die vorhandenen Kompetenzen von Frauen stärker zu nutzen und ausbildungsadäquat einzusetzen. Die Verbesserung der Chancen von Frauen sei in diesem Zusammenhang als eine sofort einsatzbereite Ressource für Forschung und Lehre anzusehen. Dies sei ein Beitrag zur Qualitätssicherung, Leistungssteigerung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Auch auf europäischer Ebene sei die Chancengleichheit ein Thema höchster Aktualität; die Weichen, die hier im 5. Forschungsrahmenprogramm der EU gestellt worden seien, gelte es im 6. Forschungsrahmenprogramm konsequent und durchgängig zu verwirklichen. Die Bundesregierung wird deshalb unter anderem aufgefordert, gezielte Stellenprogramme für Wissenschaftlerinnen in die Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, 1085 (HGF) aufzulegen, im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU die Strategie des Gender Mainstreaming durch eigene Schwerpunkte in den spezifischen Programmen zu verstärken und darauf hinzuwirken, die Beteiligung von Frauen in Spitzenpositionen der europäischen Forschung deutlich zu erhöhen, Kinderbetreuungsangebote in Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter zügig auszubauen, gemeinsam mit den Ländern gezielte Maßnahmen, wie beispielsweise frauenspezifische Studienangebote, einzuleiten sowie über die Umsetzung des Gender Mainstreaming in Wissenschaft und Forschung Mitte 2002 zu berichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP sowie einer Stimme der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS dem federführenden Ausschuss empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und die vorgenannte Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS verabschiedet.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird auf die Plenardebatte am 22. Februar 2002 verwiesen, in der der vorliegende Antrag überwiegend positiv bewertet worden sei. Es wird gesagt, dass gute Maßnahmen der alten Bundesregierung weitergeführt wurden und neue Initiativen der neuen Bundesregierung dazugekommen seien. Allerdings müsse immer noch viel getan werden: Frauen erreichten höhere Bildungsabschlüsse als Männer, seien aber bei den Spitzenpositionen in Wissenschaft und Forschung noch immer nicht entsprechend repräsentiert. Deshalb werde gefordert, den Anteil an Professorinnen bis zum Jahr 2005 auf 20 % zu verdoppeln. Begrüßt werde die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, dass eine 40 %ige Beteiligung von Frauen bei den personenbezogenen Maßnahmen des gesamten Hochschul- und Wissenschaftsprogramms notwendig sei. Dringend erforderlich sei ein viel stärker als bisher verankertes Kinderbetreuungsangebot an den Hochschulen und darüber hinaus. Insgesamt würden gemeinsame Anstrengungen gebraucht, um dem Ziel der Verdopplung des Frauenanteils näher zu kommen. Deshalb werde die Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass im Antrag der Handlungsbedarf richtig beschrieben worden sei. Frauen seien in Wissenschaft und Forschung tatsächlich dramatisch unterrepräsentiert. Besonders besorgniserregend sei der Karriereknick von Frauen kurz nach dem Studium. Doch würden die Kompetenz und die Innovationskraft von Frauen dringend benötigt; Deutschland könne es sich nicht weiter leisten, die Kompetenzen hochkarätiger Wissenschaftlerinnen zu ignorieren. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Deshalb bestehe ein sehr großer Handlungsbedarf. Der Aufbruch in der Gleichstellungspolitik sei bereits – wie schon von der Frak-

tion der SPD erwähnt – zurzeit der alten Bundesregierung erfolgt. Die Förderung von Frauen müsse schon in der Schule beginnen, so solle z. B. getrennter Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern vorgesehen werden. An den Hochschulen sei eine spezielle Beratung von Studentinnen erforderlich, außerdem müssten viel mehr Frauen in den Berufungskommissionen vertreten sein. Eine dringende Forderung der Fraktion der CDU/CSU sei, bei der Einführung der Juniorprofessuren darauf zu achten, dass Frauen gleichberechtigt zum Zuge kommen. Insgesamt wird die Hoffnung geäußert, dass die Anregungen der Fraktion von der Bundesregierung aufgenommen und verstärkt Maßnahmen in den Bereichen Schule und Ausbildung ergriffen werden, um die Chancen für Mädchen und junge Frauen in Wissenschaft und Forschung zu verbessern. Die Fraktion der CDU/CSU werde dem Antrag zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird erläutert, dass auf dem Weg nach oben immer mehr Frauen verlorengingen. Die Ursachen dafür seien mannigfaltig. An den Universitäten finde sehr bald ein großer Wechsel statt: zwischen 2000 und 2010 werde etwa die Hälfte der Professorinnen und Professoren ersetzt. Die noch bestehende große Asymmetrie könne dadurch zum Teil behoben werden. Deshalb komme es nun darauf an, bei der Einrichtung von Juniorprofessuren auf eine gleichberechtigte Besetzung zu achten. Darauf solle die Politik Einfluss nehmen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Antrag zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird große Skepsis gegenüber dem Antrag verdeutlicht, weil die Fraktion der FDP ein anderes Verständnis darüber habe, wie Frauen zu fördern seien. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln könne nicht von zwangsweisen politischen Forderungen abhängig gemacht werden. Es wird prophezeit, dass die Umsetzung nicht zu den im Antrag formulierten Zielen führen werde. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmten, werde ein höherer Frauenanteil realisiert. Deshalb ergeht die Aufforderung an die Regierungskoalition, in den Bundesländern für die Verbesserung von Kinderbetreuungsangeboten einzutreten. Hier würden auch entsprechende Initiativen seitens der Bundesregierung erwartet. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag aus den dargelegten Gründen ab.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wird bekräftigt, dass die Fraktion den Antrag mit den aufgenommenen Zielsetzungen begrüße. Die Politik müsse sehr viel wirksamere Maßnahmen als bisher ergreifen. Der Antrag erschöpfe sich darin, die Bundesregierung zu loben. Allerdings hätten die bisherigen Maßnahmen noch nicht den entscheidenden Durchbruch erzielt. Zu einer mehrdimensionalen Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern gehörten auch verbindliche Vorgaben, die im Antrag vermisst würden. Insofern seien die Forderungen im Antrag unzureichend, weil sie unverbindlich blieben. Über gut gemeinte Anträge hinaus werde die Verankerung gleichstellungspolitischer Instrumente in Recht und Gesetz benötigt. Die Fraktion der PDS sei skeptisch, ob die im Antrag formulierten Forderungen ernst gemeint seien und ob sie zum gewünschten Erfolg führen werden. Die Fraktion der PDS werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird der Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßt. Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) seien erfreuliche Fortschritte gemacht worden, genannt werden beispielhaft die außeruniversitären Forschungseinrichtungen der HGF, wo die Zahl von Frauen in wissenschaftlichen Beiräten und Kuratorien deutlich gesteigert worden sei. Die Leitung des BMBF nehme darauf Einfluss, dass bestimmte Zielvorgaben des Ministeriums gewahrt werden. Zum Thema Kindertagesstätten wird erläutert, dass in der Zuständigkeit des BMBF ein Durchbruch erzielt werden konnte: Es gebe eine wachsende Zahl an Großforschungseinrichtungen, in denen Kindertagesstätten aus der institutionellen Förderung des BMBF mitfinanziert werden. Das BMBF könne lediglich bei der Besetzung der Juniorprofessuren Einfluss auf die Hochschulen nehmen, da das BMBF hierzu Ausstattungszuschüsse gebe. In allen anderen Fragen der Berufung und Besetzung von Posten hätten die Hochschulen Autonomie. Das BMBF sei derzeit dabei, sich einen umfassenden Überblick über die Situation nach den ersten Berufungen von Juniorprofessoren zu verschaffen. Die Entwicklung werde im Auge behalten, um gegebenenfalls politischen Einfluss nehmen zu können. Der Gesetzgeber könne bei Juniorprofessuren keine verbindlichen Quoten vorgeben.

Berlin, den 27. Februar 2002

Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Berichterstatterin

Bärbel Sothmann
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatterin

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333